Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Internationale Nachrichten

DEUTSCHLAND

Deutsche Bündnisfähigkeit wird von NATO-Partnern kritisch beurteilt

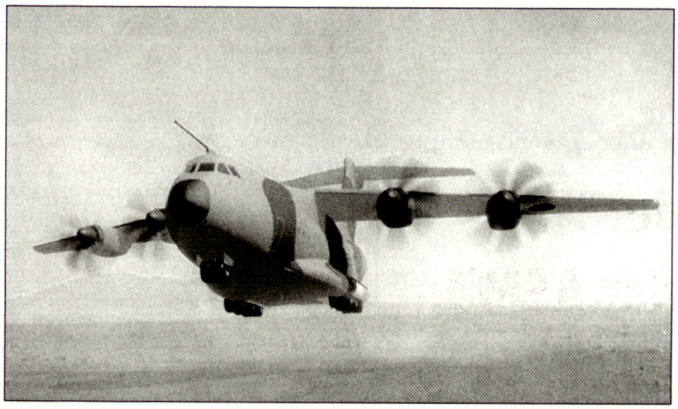
In letzter Zeit werden auch ausserhalb Deutschlands kritische Stimmen über den Zustand der Bundeswehr sowie die Aussichten über eine mittelfristige Konsolidierung der Streitkräfte vernehmbar. Hierzu gehören hochrangige Fachleute aus dem Pentagon und dem US-Aussenministerium, der Generalinspekteur und der Heeresinspekteur der Bundeswehr, der Wehrbeauftragte und natürlich die Opposition im Bundestag. In NATO-Kreisen in Brüssel macht sich Verdruss bemerkbar. Nicht nur die Amerikaner, die die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Deutschen kritisieren und deren Haltung sogar als «frech» bezeichnen, bemängeln die deutsche Leistung. Auch europäische Partner, vor allem Belgier und Niederländer, stellen fest, dass der deutsche Beitrag auf dem Balkan nicht grösser als der der weit finanzschwächeren Italiener sei und alle, ausser den Amerikanern, darunter litten. Sie warfen den Deutschen vor, sie könnten sich nicht als Grundpfeiler für die Stabilität in Europa betrachten, ohne die entsprechenden Lasten zu tragen. Es ist unverständlich, dass die Bundesregierung gemessen am Bruttoinlandprodukt den kleinsten Verteidigungsetat unter den NATO-Staaten hat. Obwohl die Bundeswehr in den nächsten Jahren auf insgesamt 288000 Soldaten schrumpfen soll, erfordert die Reform, die ja die Streitkräfte modernisieren und krisenreaktionsfähig machen soll, einen viel grösseren Investitionsanteil als bisher. Dieser ist trotz aller Einsparungen und Umschichtungen mit 46,5 Mia. DM bei weitem nicht zu erreichen. Im laufenden Haushaltjahr fehlen 372 Mio. DM; Mangel macht sich überall bemerkbar. International eingegangene Verpflichtungen zur gemeinsamen Entwicklung und Beschaffung von Grossgerät können unter diesen Umständen nicht eingehalten werden.

Der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages, Penner, stellt in seinem diesjährigen Bericht fest: «Die Stimmung in der Bundeswehr ist nicht gut.» Zu den belastenden Faktoren gehörten nach seiner Ansicht die Folgen der Finanzprobleme, die Tatsache der Notwendigkeit der Umgestaltung von einer bisher allein auf Landesverteidigung ausgerichteten Einsatzarmee. Der Auftrag für Krisenreaktionseinsätze scheint immer wichtiger zu werden, gleichzeitig nimmt der Attraktivitätsverlust in der beruflichen Perspektive für viele Soldaten als Folge der neuen Bundeswehrstruktur laufend zu. Die Bundeswehr sollte dringend das im vorigen Jahr beschlossene Attraktivitätsprogramm verwirklichen und den Beförderungs- und Verwendungsstau auflösen. Der amtierende Generalinspekteur Kujat und der scheidende Heeresinspekteur Willmann wiesen ebenfalls auf die Folgen dieser und andere Mängel hin.

Nachdem die CDU ihre innere Krise als überwunden ansieht, besinnt sich die gesamte Union wieder auf ihre inhaltliche Oppositionsaufgabe. Vor allem der frühere Verteidigungsminister und jetzige Stellvertretende Parteivorsitzende Rühe profiliert sich immer mehr zum aussen- und sicherheitspolitischen Sprecher. Die Aussenpolitik als erste Voraussetzung einer guten Sicherheitspolitik ist nach seiner Ansicht ohne klare Konturen. Aussen- und Sicherheitspolitik seien zu einem Schwachpunkt der Regierungspolitik insgesamt geworden. Ihr fehle ein schlüssiges Konzept. Sie habe weder eine erkennbare Position zu einer NATO-Erweiterung, über die im Dezember kommenden Jahres entschieden werden soll, noch verfüge sie über klare Prioritäten und ein verbindliches Koordinatensystem. Dieser Eindruck habe sich beim Besuch des Kanzlers in Washington verstärkt. So wichtig Klimapolitik sei, gäbe es aber in der Hierarchie der Themen eine andere Reihenfolge, die Schröder missachtet habe. Vorrangig sei zu klären, wie die transatlantische Partnerschaft für Berlin und Washington konkret unter heutigen Bedingungen auszugestalten sei. Dazu gehöre auch die Frage der Rolle und Bedeutung, die Deutschland der EU und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beimisst.

Er stellte die Frage, ob Berlin bereit sei, eine Führungsrolle in der NATO auch durch eigene Verteidigungsanstrengungen zu untermauern. Eine auf die Dauer zentrale Frage für Deutschland.

Tp.



Für die gemeinsame europäische Entwicklung von Grossgerät, z.B. Transportflugzeug A-400M, werden auch in Deutschland zusätzliche Budgetmittel unerlässlich sein.

NORWEGEN

Geplante Kampfwertsteigerung für Panzer Leopard 2A4

Auch die norwegische Armee plant die Modernisierung einer limitierten Anzahl von Kampfpanzern Leopard 2A4. Vorgesehen ist die Verbesserung von 52 Panzern, wobei noch nicht entschieden ist, ob eine Kampfwertsteigerung zum Standard 2A5 oder sogar 2A6 vorgenommen werden soll. Bekanntlich sind gegenwärtig die deutsche Bundeswehr sowie die niederländische Armee daran, einen Teil ihrer Kampfpanzer zur Version 2A6 aufzurüsten (siehe auch «ASMZ» Nr. 5/2001, Seite 63). Die künftige norwegische Panzertruppe soll noch über rund 150 Kampfpanzer verfügen; diese besteht aus einem Mix von Leopard 1A5 und den rund 50 Leopard 2. Die kampfwertgesteigerten Leopard 2 sollen in der Brigade Süd in Rena eingegliedert werden. Diese Brigade soll gemäss Planung vor allem für internationale Einsätze im Rahmen von PSO ausgerüstet und vorbereitet werden.

hg

ÖSTERREICH

Beitritt zur Westeuropäischen Rüstungsgruppe

Im November 2000 hat Österreich in Marseille mit der WEAG (Western European Armaments Group) ein Abkommen unterzeichnet und ist damit Vollmitglied in diesem Konsultationsforum geworden. Dies geschah durch den österreichischen Verteidigungsminister Scheibner am Rande des in Marseille abgehaltenen Treffens der WEU-Verteidigungsminister.

Die WEAG ist das bedeutendste europäische Forum für die Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Rüstungsindustrien. Mit diesem Abkommen könnten sich für die österreichischen Unternehmen im Rüstungsbereich neue Möglichkeiten und Betätigungsfelder eröffnen. Anlässlich des WEU-Verteidigungsministertreffens in Marseille wurden gemeinsam mit Österreich auch noch Finnland, Polen, Schweden, Tschechien und Ungarn als Vollmitglieder in die WEAG aufgenommen.

Die WEAG umfasste bisher 13 Teilnehmerstaaten: die 10 WEU-Mitglieder sowie Dänemark, Norwegen und Türkei. Zu den wichtigsten Zielsetzungen dieser Organisation zählen die effizientere Nutzung der europäischen Ressourcen im Rüstungsbereich, die Öffnung der nationalen Rüstungsmärkte für den grenzüberschreitenden Wettbewerb, die Stärkung der verteidigungstechnologischen und industriellen Basis Europas sowie eine gemeinsame Verbesserung der Forschung und Entwicklung.

Grundsätzlich soll mit der ständigen Erweiterung der WEAG eine Stärkung und grössere Eigenständigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie gegenüber den USA erreicht werden. Dies bedeutet aber für Österreich, dass in Zukunft bei den grösseren Rüs-

tungsbeschaffungen nur noch ein Agieren im europäischen Verbund möglich sein wird. Im Zusammenhang mit den anstehenden Bedürfnissen im Bereich Luftstreitkräfte (insbesondere beim künftigen Transportflugzeug) dürfte daher für Österreich eine Beschaffung im europäischen Rahmen im Vordergrund stehen. hg

FRANKREICH

Die Armee der VAE hat im Kosovo eine verstärkte Panzerkompanie «Leclerc» im Einsatz.

Kampfpanzer «Leclerc» im Einsatz bei der Armee der VAE

Im Jahre 1993 wurde zwischen Frankreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) ein Vertrag über die Lieferung von 390 Kampfpanzern «Leclerc» sowie von 46 Bergepanzern abgeschlossen. Im Unterschied zur französischen Version sind die Panzer «Leclerc» der VAE mit einem deutschen Dieselmotor MTU ausgerüstet. Bei der Abwicklung dieser Rüstungslieferung kam es zwischen der französischen Lieferfirma Giat Industries und der Armee des Empfängerlandes zu gewissen Unstimmigkeiten. Dabei haben die VAE den Liefervertrag, der bis April 2001 hätte erfüllt sein müssen, zeitweise ausgesetzt. Dabei geht es vor allem um eine kostenfreie Umrüstung der bereits gelieferten Kampfpanzer auf den neusten Stand. Anlässlich der Rüstungsausstellung IDEX'2001 konnten gemäss Aussagen der Armeeführung der VAE die meisten Differenzen beigelegt werden. Die noch ausstehende Restlieferung von rund 100 Kampffahrzeugen soll nun im Gange sein. Die diversen Probleme im Zusammenhang mit dieser Rüstungslieferung sollen aber schlussendlich für Giat zu einem Verlustgeschäft geführt haben. Man spricht dabei von einem Verlust von über 1 Mia. US-$.

hg

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Auch die tschechischen Streitkräfte sollen eine Berufsarmee werden

Gemäss Vorstellungen der politischen Führung soll die heute in der Tschechischen Republik geltende allgemeine Wehrpflicht bereits in wenigen Jahren abgeschafft werden. Die Streitkräfte sollen in Zukunft ausschliesslich aus Berufssoldaten bestehen. Gründe für diesen radikalen Schritt gibt es gemäss vorliegenden Meldungen eine ganze Reihe:

Zunächst einmal ist die Zahl der jungen Männer, die fähig und auch gewillt sind, ihren Grundwehrdienst anzutreten, stark rückläufig. Während noch vor vier Jahren 93000 Wehrpflichtige erfasst wurden, werden es gemäss Analysen des Verteidigungsministeriums im Jahre 2006 mindestens 25000 weniger sein. Zudem driftet das Verhältnis zwischen der so genannten wehrfähigen Bevölkerung, d.h. den einberufungsfähigen Personen, und der Zahl der jungen Männer, die ihren Wehrdienst auch tatsächlich antreten, immer mehr auseinander.

Eine Professionalisierung soll heute auch in der tschechischen Bevölkerung eine breite Zustimmung finden. Bei einer kürzlich durchgeführten Meinungsumfrage zu diesem Thema sollen sich rund 48 Prozent der Bürger für eine Berufsarmee und nur 35 Prozent dagegen ausgesprochen haben. Bei der jüngeren Generation (bis zu den 40-Jährigen) sollen sogar mindestens 60 Prozent dafür sein.

Allerdings dürfte das Hauptproblem auch in der Tschechischen Republik bei den fehlenden finanziellen Mitteln liegen. Denn der Übergang zu einer Berufsarmee ist mit zusätzlichen Kosten verbunden, die aus heutiger Sicht nicht finanziert werden könnten. Daher erscheint es mehr als fraglich, ob ein Übergang zu Berufsstreitkräften in den nächsten Jahren tatsächlich realisiert werden kann. hg

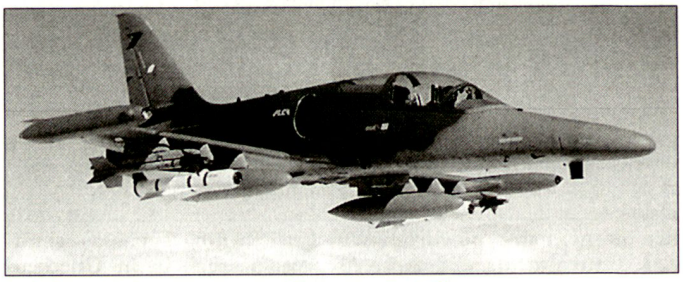
Stockende Streitkräftereform

Die notwendigen Reformanpassungen der tschechischen Armee an die Erfordernisse der NATO kommen nur sehr schleppend voran. Dies hat auch der NATO-Generalsekretär Robertson anlässlich seines Besuches Ende Februar 2001 in Prag erkannt. Sowohl das tschechische Verteidigungsministerium als auch die Armeeführung mussten bei dieser Gelegenheit eingestehen, dass in gewissen Bereichen die geplanten Reformen kaum vom Fleck kommen. Problemkreise sind laut einem Bericht die Luftraumverteidigung, die Einsatzfähigkeit der Luftwaffe, Defizite bei der Ausbildung und ungenügende Versorgung der Armee mit Ersatzteilen und Munition. Im Weiteren werden das Fehlen von Lufttransportmitteln sowie eines mit der NATO kompatiblen Kommunikationssystems genannt.

Verlangt wird kurzfristig mehr Effizienz beim Einsatz der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und klarere Prioritäten bei den laufenden Rüstungsplanungen.

Von den geplanten 72 aus eigener Produktion stammenden Mehrzweckflugzeugen L-159 sind mit Verspätung die ersten ausgeliefert worden. Der Ankauf dieser

Kampfwertgesteigerter Panzer T-72 M CZ.



Leichtes Mehrzweckkampfflugzeug L-159.

Flugzeuge belastet das Verteidigungsbudget enorm; trotzdem wird bereits laut über den Ankauf von 24 bis 36 westlichen Kampfflugzeugen zur teilweisen Ablösung der veralteten MiG-21-Flotte nachgedacht. Das tschechische Parlament hat einen Kauf von ausschliesslich neuwertigen Kampfflugzeugen (zur Auswahl stehen F-16, Jas-39 Gripen, F/A-18 und Mirage 2000-5) mit einem Kostenrahmen von rund 2,7 Mia. US-$ befürwortet. Die Frage stellt sich dabei, ob diese Mittel nicht besser in andere, dringendere Projekte gesteckt werden sollten.

Auch im Zusammenhang mit dem tschechischen Kampfwertsteigerungsprogramm für die Panzer T-72 wurden zu viel Zeit und Geld investiert. Unterdessen scheinen zwar die technischen Probleme gelöst zu sein; allerdings besteht weiterhin Unklarheit über den zeitlichen Ablauf der eigenen Panzermodernisierung. Zudem sind diverse Detailfragen bezüglich NATO-Kompatibilität und Anzahl der künftig benötigten kampfwertgesteigerten Panzer noch nicht geklärt. Unterdessen hat das tschechische Kampfwertsteigerungsprogramm nun mit Indien, das über rund 1000 eigene Panzer T-72 verfügt, auch einen ersten ausländischen Interessenten gefunden. hg

TÜRKEI

Verzögerungen bei wichtigen Rüstungsprojekten

Wegen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sind die türkischen Streitkräfte gezwungen, eine grosse Zahl geplanter Rüstungsbeschaffungen um Jahre hinauszuschieben. Verzögert werden vor allem die seit langem vorgesehene Beschaffung neuer Kampfpanzer (inkl. eigene Lizenzfabrikation), die erstmalige Einführung von Frühwarnflugzeugen und diverse Beschaffungsprojekte bei der Marine.

Nachdem aus politischen Gründen eine Einführung von Kampfpanzern «Leopard 2» nicht mehr in Frage kommt, ist nun der definitive Typenentscheid für den künftigen türkischen Kampfpanzer auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden.

Gemäss Entscheid des türkischen Verteidigungsministeriums soll hingegen die bereits beschlossene Beschaffung von Kampfhelikoptern «Super Cobra» in reduziertem Umfang planmässig erfolgen (siehe auch «ASMZ» Nr. 4/2001, Seite 65). Die verfügbaren Mittel von rund zwei Mia. US-$ sollen vorerst für die Beschaffung von 50 Maschinen eingesetzt werden. Der entsprechende Vertrag mit dem US-Helikopterhersteller Bell soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Nebst der Kampfhelikopterbeschaffung sollen auch die geplanten Systeme für die Elektronische Aufklärung mit Priorität den Streitkräften zugeführt werden. hg

GRIECHENLAND

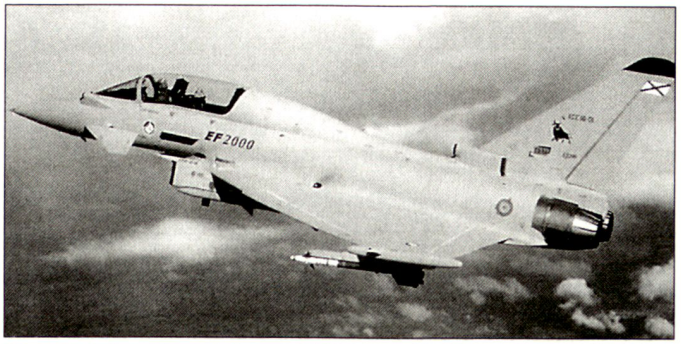
Sistierung der geplanten Kampfflugzeugbeschaffung

Nach monatelangem Zögern hat die griechische Regierung die Entscheidung über den Kauf von 60 Kampfflugzeugen Eurofighter «Typhoon» bis 2004 vertagt. Damit bleibt ungewiss, ob das bisher grösste militärische Beschaffungsprogramm für die griechischen Streitkräfte lediglich aufgeschoben oder sogar aufgehoben werden muss.

Für das europäische Eurofighter-Konsortium ist die Entscheidung eine herbe Enttäuschung. Der griechische Auftrag, der bereits als sicher galt, wäre der erste Exporterfolg für den Eurofighter gewesen.

Die Beschaffung der 60 Maschinen würde gemäss Planung Griechenland rund 7,5 Mia. SFr. kosten, wobei eine Anzahlung von rund zwei Mia. SFr. bereits in diesem Jahr fällig gewesen wäre. Dies obwohl eine Auslieferung der Kampfflugzeuge erst ab 2006 geplant war.

Der aktuelle griechische Entscheid könnte zumindest eine Atempause im Rüstungswettlauf zwischen der Türkei und Griechenland mit sich bringen. Seit Jahrzehnten rüsten die beiden verfeindeten NATO-Partner gegeneinander auf. Gegenwärtig sind aber beide Staaten gezwungen, auch im Militärbereich Einsparungen vorzunehmen. Griechenland muss die Vorgaben des Stabilitätspaktes erfüllen und seine Staatsschulden weiter abtragen. Die Türkei leidet unter einer Wirtschafts- und Finanzkrise und ist nach der massiven Abwertung der eigenen Währung gezwungen, diverse Rüstungsbeschaffungsvorhaben zurückzustellen. hg



Vorerst keine Eurofighter «Typhoon» für die griechische Luftwaffe.

USA

Überprüfung von Rüstungsprogrammen

Die neue US-Regierung hat im Zusammenhang mit den kommenden Budget- und Verteidigungsplanungen eine Reihe von Studien in Auftrag gegeben. Im Vordergrund steht dabei eine Analyse über die künftige Nuklearstrategie der USA, verbunden mit den Planungen und Budgetbedürfnissen für das Raketenabwehrprogramm. Falls dieses aufwändige Abwehrsystem im vorgesehenen Umfang realisiert werden soll, dürften Einsparungen bei anderen Rüstungsprogrammen unumgänglich sein.

Folgende Rüstungsprogramme werden aus diesem Grunde einer Überprüfung unterzogen:

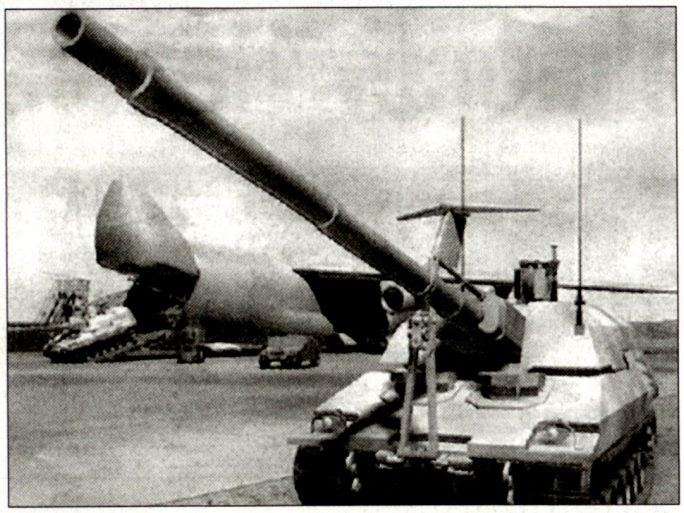
Kampfflugzeuge F-22A «Raptor» und «Joint Strike Fighter» (JSF).

Unterdessen ist zwar die Finanzierung der Vorserienproduktion von zehn Kampfflugzeugen F-22A (Stückpreis 180 Mio. US-$) freigegeben worden. Dennoch wird weiterhin nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht; im Vordergrund steht dabei eine Reduktion der geplanten Stückzahl. Auch beim Projekt JSF werden Kürzungen studiert. Diese sind vor allem auch im Zusammenhang mit der forcierten Entwicklung von «Unmanned Combat Aerial Vehicles» (UCAV) zu sehen. Bekanntlich sind für das Finanzjahr 2001 erhebliche Mittel für die Weiterentwicklung von UAVs gesprochen worden. Gemäss US-Vorstellungen soll in etwa zehn Jahren rund ein Drittel aller Luftangriffsaktionen durch UAVs und UCAVs erfolgen. Die bisher geplante Produktion von über 3000 Maschinen des JSF dürfte in nächster Zeit nach unten korrigiert werden.

Neue Panzerhaubitze «Crusader»

Das schwere Artillerieprojekt «Crusader» widerspricht in seiner Konzeption den langfristigen Planungen der US Army, wobei auch

X-35 «Joint Strike Fighter» (JSF) von Lockheed Martin: Der geplante Bedarf von über 3000 Flugzeugen für drei US-Teilstreitkräfte wird neu überprüft.



Eine Beratergruppe des Verteidigungsministeriums verlangt die Streichung des «Crusader-Programms». (Bild: Modellzeichnung des mobilen Artilleriesystems «Crusader»).

bei Grossgerät eine möglichst uneingeschränkte Luftverlegefähigkeit gefordert wird. Überlegt wird in diesem Zusammenhang auch die künftige Rolle der Artillerie. Das bereits weit fortgeschrittene Entwicklungsprogramm «Crusader» scheint ernsthaft gefährdet zu sein.

Rotor-Transportflugzeug MV-22 «Osprey»

Das Projekt «Osprey» steht nach diversen Verzögerungen unmittelbar vor der Serienproduktion. Allerdings haben verschiedene Unfälle mit diesem Flugzeug dazu geführt, dass deren Sicherheit einmal mehr in Frage gestellt wird. Bisher wurden bereits 20 MV-22 produziert; die Planungen hatten eine Serienproduktion von rund 450 Flugzeugen vorgesehen.

Mittel der US Navy

Zur Diskussion steht eine Reduktion bei den Trägerschiffen sowie bei den nuklearen Angriffs-U-Booten. Dabei wird vor allem darauf hingewiesen, dass mit dem Zerfall der russischen U-Boot-Flotte weltweit keine strategische U-Boot-Bedrohung mehr vorhanden sei.

Die Neuausrichtung der US-Sicherheitspolitik wird Auswirkungen auf geplante Rüstungsprogramme haben. Dabei dürften vor allem Projekte, die noch zu Zeiten des Kalten Krieges begonnen wurden, zunehmend gefährdet sein. hg

RUSSLAND

Mehr Feuerkraft für den Schützenpanzer BTR-90

Die russische Rüstungsindustrie hat anlässlich der Wehrmaterialausstellung IDEX'2001 einen Radschützenpanzer BTR-90 (8×8) mit verändertem Turm und verstärkter Bewaffnung vorgestellt. An Stelle des bisher verwendeten BMP-2-Turms mit Kanone 30 mm ist bei der neuesten Version der Turm des BMP-3 auf dem Radfahrgestell montiert worden. Dieser umfasst:

- eine Kanone 100 mm, die auch lasergelenkte Munition verschiessen kann,
- Automatenkanone 30 mm,
- rohrparalleles Mg 7,62 mm.

Entwickelt wurde der neue Waffenturm durch die bekannte russische Firma KBP in Tula, die auch weiterhin befugt ist, eigene Rüstungsexporte zu tätigen. Im Turm integriert ist auch ein Feuerleitsystem, kombiniert mit neuen Beobachtungs- und Zielgeräten (inkl. Wärmebildgerät und Laserdistanzmesser). Die Kanone ist in der Lage, auch die neuste Version der lasergelenkten Munition AT-10 zu verschiessen. Die maximale Schussdistanz dieser Lenkflugkörper beträgt unterdessen 5500 m, wobei die Raketen mit unterschiedlichen Gefechtskopftypen ausgestattet werden können. Bisher ist die ursprüngliche Version des BTR-90 nur in einer geringen Stückzahl produziert worden; von Seiten der russischen Armee soll noch kein Beschaffungsauftrag vorliegen. Da die neuste Version des BTR-90 im Prinzip über die gleiche Bewaffnung wie der Raupenschützenpanzer BMP-3 verfügt, erhofft sich die Firma KBP Interessenten und Verkaufsmöglichkeiten bei den diversen BMP-3-Nutzerarmeen (u.a. Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Jemen und Zypern). hg

Radschützenpanzer BTR-90 mit neuer Bewaffnung.

Modernisierung der Kampfhelikopter Mi-24 «Hind»

Gemäss Publikation in der Militärpresse will Russland einen Teil der heute im Truppeneinsatz stehenden Kampfhelikopter Mi-24 der Version «Hind E/F» einem Modernisierungsprogramm unterziehen. Zu Beginn der 90er-Jahre war eigentlich geplant, die schwerfälligen Mi-24 durch neue Kampfhelikopter der Typen Mi-28 resp. Ka-50/52 zu ersetzen. Aus primär finanziellen Gründen dürfte diese Ablösung bis auf weiteres nicht möglich sein.

Zum Modernisierungsprogramm gehören ein aufdatiertes Cockpit, verbesserte Bordausrüstung inkl. neue Bordcomputer, leistungsgesteigerte Triebwerke sowie zusätzliche Sensoren und Beobachtungsgeräte. Im Vordergrund stehen verbesserte Flugeigenschaften, ein gezielterer Waffeneinsatz sowie die Gewährleistung einer mindestens teilweisen Nachtkampffähigkeit. Die praktisch fehlende Einsatzfähigkeit bei Nacht war einer der Schwachpunkte der weltweit verbreiteten Helikopter Mi-24.

Die modernisierten Maschinen werden unter der Bezeichnung Mi-24 VK-1 resp. PK-1 geführt. Gegenwärtig ist allerdings noch unklar, wie viele der noch in grosser Zahl vorhandenen Kampfhelikopter «Hind» in Russland modifiziert werden können. Die russische Armee verfügt heute über insgesamt rund 2100 Helikopter: rund die Hälfte davon ist vom Typ Mi-24 «Hind». Gemäss vorliegenden Meldungen sollen in diesem Jahr 16 Mi-24 kampfwertgesteigert werden, wobei die Umbaukosten pro Helikopter zirka 500000 US-$ betragen sollen. Der russische Helikopterhersteller Mil bietet im Weiteren auch auf dem internationalen Rüstungsmarkt diverse Modernisierungsprogramme für Mi-24 an.

hg

Modernisierter Kampfhelikopter Mi-24 VK-1, ausgerüstet mit PAL und Luft-Luft-Lenkwaffen. ■